

**Gemeinsamer Senat
der obersten Gerichtshöfe des Bundes**

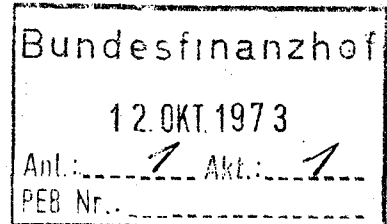
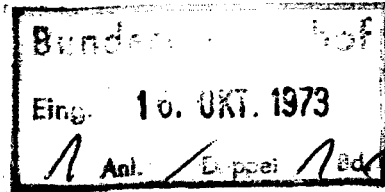
München, den 12. Oktober 1973

- Der Vorsitzende -

GmS - OGB 1/73

Geschäftsstelle:

75 Karlsruhe 1, Herrenstraße 45a
Fernsprecher (0721) 23944-159-266
Fs - 0782 5828



1.

In Sachen

M [REDACTED]

./.

Stadt Lüneburg

wird, nachdem der VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs in der Sitzung am 27. September 1973 wie folgt beschlossen hat:

" Der VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hält an der im Urteil vom 30. Januar 1958 (VII ZR 33/57 - in BGHZ 26,304) geäußerten Rechtsansicht, daß § 390 Satz 2 BGB auf Arbeitnehmerforderungen entsprechend anzuwenden sei, die durch tarifvertragliche Verfallklauseln ausgeschlossen sind, n i c h t fest

Die im Vorlageschluß des 4. Senats des Bundesarbeitsgerichts vom 28. März 1973 gegen diese Auffassung angeführten Gründe verdienen unter besonderer Berücksichtigung der arbeitsrechtlichen (tarifrechtlichen) Gesichtspunkte den Vorzug vor denen, die der Senat in dem genannten Urteil für die entsprechende Anwendung des § 390 Satz 2 BGB dargelegt hatte, "

das Verfahren gemäß § 14 Satz 1 RsprEinhG eingestellt.

2. Der Geschäftsstelle zur weiteren Veranlassung

Präsident des Bundesfinanzhofs

Wva